

pro familia kritisiert Einsparungen als sozial ungerecht und familienfeindlich

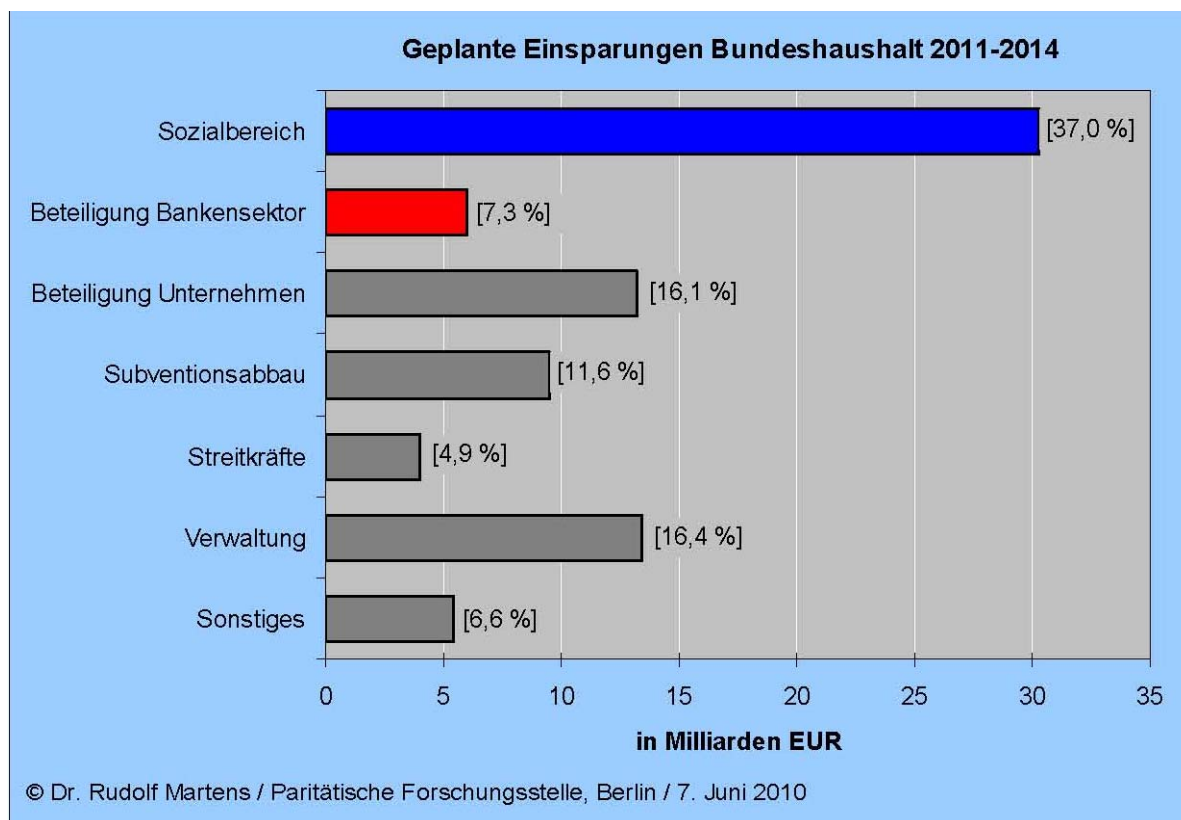
Frankfurt, 9.6.2010. Anlässlich der vom Bundeskabinett beschlossenen Einsparungen erklärt der pro familia-Bundesverband:

Die beschlossenen Einsparungen sind ungerecht und werden die sozialen Unterschiede in Deutschland weiter verschärfen. Mit 37 Prozent steht der Bereich der Sozialleistungen an der Spitze der Streichliste, wobei die Einsparungen im sozialen Bereich zwischen 2011 und 2014 Jahr für Jahr steigen werden. Vor allem die ohnehin schon Benachteiligten werden den angekündigten „Kraftakt“ leisten müssen, Vermögende werden durch die Sparmaßnahmen hingegen nicht belastet. Auch der Abbau von Subventionen mit 11,6 Prozent bzw. die Beteiligung des Bankensektors mit 7,3 Prozent – bisher nur geplant – nimmt im Vergleich dazu bei den Einsparungen einen vergleichsweise geringen Anteil ein (vgl. Grafik des Paritätischen Gesamtverbandes).

Arbeitslosengeld-II-BezieherInnen werden durch die Streichung des Elterngeldes künftig 300 Euro weniger im Monat zur Verfügung haben, obwohl zahlreiche Armuts- und Sozialberichte immer wieder auf die Armutsgefährdung dieser Bevölkerungsgruppe und ihre Konsequenzen hinweisen. Erst im Februar hatte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die bisherige Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze sei verfassungswidrig, eine Diskussion über Armut in Deutschland ausgelöst. Vier Monate später zählen Kürzungen und Streichungen für sozial Benachteiligte und Familien zur sogenannten ausgewogenen Haushaltspolitik dieser Regierungskoalition! Gleichwohl beteiligt sich die Bundesregierung am Europäischen Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung und will das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung zu stärken. Solch unverhohlener Hohn begräbt jedwedes Vertrauen in unseren Sozialstaat!

„Besonders dramatisch werden die Einschnitte für Eltern mit geringem Einkommen sein“, sagt Prof. Dr. Daphne Hahn, Vorsitzende des pro familia-Bundesverbands. „Die Entscheidungen der Bundesregierung sind sozial unausgewogen und verschärfen soziale Benachteiligungen. Die Streichung des Elterngeldes bei ALG II verschlechtert zusätzlich die ohnehin schon prekäre Lebenssituation junger Familien – häufig alleinerziehender Elternteile. Statt Familien zu fördern, werden begonnene moderne sozialstaatliche Regulierungen gestoppt.“

Das Aus für die geplanten weiteren zwei Elternzeitmonate für Väter ist ein falsches Signal in verschiedene Richtungen. Statt Väter noch stärker als bisher zu ermutigen, sich in der Erziehung und Versorgung der Kinder zu engagieren und damit zeitgemäße Familienpolitik zu fördern, wird ein begonnener positiver gesellschaftlicher Wandel abgebrochen. Auch die Reduzierung des Elterngeldes bringt die Beteiligung der Väter in Gefahr. Pro familia warnt vor der Wirkung der elterngeldbezogenen Sparmaßnahmen auf die Wirtschaft, die eine wertvolle Entwicklung zunehmender Familienfreundlichkeit von Unternehmen, Flexibilität der Arbeitszeiten und wachsender Selbstverständlichkeit in Anspruch genommener Vätermonate ausbremsen kann.



Geplante Einsparungen Bundeshaushalt 2011-2014	in Mrd. EUR	in Prozent
	2011-2014	
Sozialbereich	30,3	37,0%
Beteiligung Bankensektor	6,0	7,3%
Beteiligung Unternehmen	13,2	16,1%
Subventionsabbau	9,5	11,6%
Streitkräfte	4,0	4,9%
Verwaltung	13,4	16,4%
Sonstiges	5,4	6,6%
Summe*)	81,8	100,0%

*) Rundungsdifferenz

© Dr. Rudolf Mertens / Paritätische Forschungsstelle, Berlin / 7. Juni 2010

Nachdruck der Grafik und Tabelle bei Angabe der Quelle erlaubt.

Pressekontakt: Regine Wlassitschau, Tel.: 069 / 63 19 87 13, presse@profamilia.de

pro familia ist Gründungsmitglied der IPPF und aktives Mitglied des Europäischen Netzwerks der IPPF. Seit 1952 setzt sich pro familia für die Interessen von Frauen, Männern, Jugendlichen und Kindern auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Rechte ein. Heute gehört der Verband national wie europaweit zu den bedeutendsten nichtstaatlichen Dienstleistern der Sexualpädagogik, Familienplanungs-, Sexual- und Schwangerschaftsberatung. In den 180 Beratungsstellen in Deutschland finden Menschen aller Religionen und Nationalitäten fachlich qualifizierte Beratung und sexualpädagogische Unterstützung. Ein Schwerpunkt des Arbeitsprogramms ist die besondere Förderung und Unterstützung sozial benachteiligter Gruppen in der Bevölkerung. Der pro familia-Bundesverband wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert.